

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erzählt
an allen Werktagen
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1. 20
monatlich 48 Pf.
bei allen württ. Postämtern
und Bots in Orts- u. Nach-
barortverkehr viertelj. M. 1.
außerhalb desselben M. 1.
dieszu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verständigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
mit
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 3 Pfg.
Anzeigen 10 Pfg. die Zeile
spaltweise Samstag aus.
Reklamen 15 Pfg. die
Zeile
Bei Wiederholungen entsprechende
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 18.

Donnerstag, den 23. Januar

1908

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. Jan. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Am Bundesratspräsidenten Staatssekretär Kräfte anwesend. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung eines Gesetzes betr. die Abänderung des Gesetzes über das Telegraphenwesen im Deutschen Reich.

Staatssekretär Kräfte sagt, die Entwicklung der Funkentelegraphie sei äußerst schnell vor sich gegangen und habe sich insbesondere für unsere Marine als sehr wichtig erwiesen. Auch größere Personendampfer seien meist mit solchen Apparaten ausgestattet worden. Auch bei dem Meer, z. B. bei dem Krieg in Südwestafrika, habe sich diese Einrichtung als sehr nützlich erwiesen. Die Unvollkommenheit der Erfindung beruhe darauf, daß auf ähnliche Wellen abgestimmte Apparate die Depeschen abfangen können. Diesem Uebelstand solle durch die Vorlage abgeholfen werden. Die Abänderung des Gesetzes entspreche den Wünschen des letzten internationalen Kongresses in Berlin. Um der Entwicklung der Reformen freie Bahn zu schaffen, bitte ich um Zustimmung. Nach kurzer Besprechung wird die Vorlage einer 14gliederigen Kommission überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesbetr. die

Majestätsbeleidigungen.

Abg. Koeren (Ztr.) sagt, die in dem Gesetz vorgesehenen Momente der Beleidigung, die die Absicht der Ehrverletzung, Böswilligkeit und Ueberlegung voraussetzen, sowie subjektive Momente, die im Innern des Beleidigers sich abspielen, führen mit Notwendigkeit dazu, daß die politische Anschauung und die Parteizugehörigkeit mit entscheidend bei der Feststellung, ob diese drei Tatbestände vorhanden sind. Das Vertrauen zur Objektivität der Berichte muß unter diesen Umständen immer mehr schwinden. Die Justiz setzt sich dem Verdacht aus, Parteipolitik zu treiben. Die öffentliche Meinung habe sich gegen die Vorlage ausgesprochen. Manche Verbesserung sei in den Kommissionsbeschlüssen enthalten. Sie brächten aber nicht das, was man von ihnen erwartete. Immerhin seien die Verbesserungen zur Annahme zu empfehlen.

Brunstermann (Reichsp.) spricht sich für die Vorlage aus.

Eingegangen ist ein sozialdemokratischer Antrag auf Streichung der §§ 95, 97, 99 und 101 des Str.-G.-B. Seine (Soz.) begründet den Antrag, indem er auf den Majestätsbeleidigungsprozeß gegen die Königsberger Volkszeitung betr. den Artikel über die Memeler Schandfälle hinweist. Seine Partei werde gegen den Entwurf und gegen die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Staatssekretär Nieberding: Was den Begriff „böswillig“ anlangt, so würden die Verbündeten Regierungen gegen die Streichung dieses Begriffs nichts einzuwenden haben, andererseits haben sie auch nicht das Mißtrauen, daß die Richter einseitig und parteiisch derartige Delikte beurteilen werden. Sollte ein Mißgriff vorkommen, dann seien noch Instanzen zur Korrektur vorhanden.

Sfann (natl.): Bei Majestätsbeleidigungen liege nicht bloß eine persönliche Beleidigung vor, sondern auch eine Beleidigung der Majestät als Träger der Staatsgewalt. Auch in anderen Strafgesetzbüchern, z. B. in dem französischen, bestünden solche Ausnahmeparagraphen. Wir haben das Vertrauen zu unseren Richtern, daß sie den Begriff „böswillig“ so auslegen, wie er ausgelegt werden soll. Rechner rechtfertigt dann das Königsberger Urteil. (Zuruf bei den Soz.: Kriegt einen Dedel!) Rechner (fortf.): Ich mache keinen Anspruch darauf, etwas ins Knopfloch zu bekommen. Die Linke braucht sich nicht in Beleidigungen zu ergreifen. Zurückhaltung ist auch der Sozialdemokratie zu empfehlen.

Gräf (wirtsch. Bgg.) betont, der sozialdemokratische Antrag sei überhaupt nicht ernst zu nehmen.

Müller-Reinigen (Ztr. Sp.) hebt hervor, je weniger Majestätsbeleidigungsprozesse, umso höher die Würde und das Ansehen der Majestät.

Wagner (konf.) sagt, ein Teil seiner Freunde hege Zweifel, ob die Autorität des Herrschers künftig noch genügend gewahrt werde. Trotzdem stimmen wir den Kommissionsbeschlüssen zu und hoffen, daß derartige Prozesse möglichst bald verschwinden.

Wellstein (Ztr.) spricht sich namens seiner Partei gegen den sozialdemokratischen Abänderungsantrag aus.

Seine (Soz.) geht nochmals auf den Königsberger Prozeß ein.

Staatssekretär v. Nieberding nimmt das Königsberger Gericht gegen den Abg. Seine in Schutz, indem er den Vorwurf, das Gericht habe die Majestätsbeleidigung

auf Schleichwogen konstruiert, mit Entrüstung zurückweist.

Koeren (Ztr.) polemisiert gegen den Abg. Müller-Reinigen. — Schließlich wird die Diskussion für beendet erklärt, der Abänderungsantrag der Sozialdemokraten abgelehnt und der Gesetzentwurf in der Kommissionsfassung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die erste Beratung des

Entwurfs eines Scheckgesetzes.

Raden (Ztr.) begründet den Gesetzentwurf und beantragt zur Beratung der Einzelheiten die Einsetzung einer 14gliederigen Kommission.

Arnold (konf.) begrüßt die Vorlage. Besonders erfreulich sei die geplante Stempelfreiheit der Schecks.

Weber (natl.) zollt der Regierung Anerkennung für die Vorlage.

Unterstaatssekretär Wermut: Der Scheck soll kein Kreditpapier, sondern ein neues Zahlungsmittel sein. Die Vorlegung zur Regelung binnen 10 Tagen ist die äußerste Frist. Abrechnungsstellen, die die Vorlegung in kürzester Frist ermöglichen, werden im ganzen Reich errichtet werden.

Frank (Soz.): Wir werden der Vorlage zustimmen und hoffen, daß die deutschen Arbeiter nicht in die unangenehme Lage kommen werden, wertlose Schecks an Zahlungsstatt annehmen zu müssen, wie die amerikanischen Arbeiter bei der letzten Krise.

Raab (wirtsch. Bgg.) wünscht Verzögerung der Vorlegungsfrist.

Rommien (fr. Bg.) wendet sich gegen die Verzögerung. Wir werden der Vorlage auch ohne Kommissionsberatung zustimmen.

Wagner-Württemberg (südd. Bp.) bezeichnet die Vorlage als eine wesentliche Förderung des Mittelstandes. — Morgen Fortsetzung. Vorher sozialdemokratische Interpellation betr. Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Landtage der Bundesstaaten. Schluß 6 Uhr.

Rundschau.

Aus der Deutschen Volkspartei.

Der diesjährige Parteitag der Deutschen Volkspartei findet laut Beschluß des weiteren Ausschusses im Herbst dieses Jahres in Tübingen statt. An

Zwischen Himmel und Erde.

Roman von Otto Ludwig.

(Fortsetzung.)

Gedanken und Bilder des Vergleichs spielten noch in seine Träume hinein. Der Vater stand wieder vor ihm und kündigte ihm an, er müsse noch morgen nach Köln, und inmitten der Rede brach die rüstige Gestalt zusammen und tappete hilflos mit den zitternden Händen an der Erde herum und schämte sich ihrer Blindheit. Der Bruder sah dabei und trank Champagner. Die Schwägerin kam aus dem Hause, das liebliche, offene Gesicht voll Zutraulichkeit und Aufrichtigkeit wie sonst; die Blume, die sie vor Apollonius hingelen wollte, fiel aus ihrer Hand, als sie den Bruder erblickte und der ihm neue, fremde Zug von Leerheit, gedankenloser, eitler Vergnügungssucht, von grosser Bitterkeit gegen Apollonius legte sich über sie wie ein schmutziges Spinnengewebe. Er wollte arbeitend sich vergessen, aber der Bruder rüttelte an dem Fahrstuhl, daß er fast hinunterstürzte aus der Schwindelhöhe auf das Pflaster und sagte: ein Besuch für vierzehn Tage dürfte nicht arbeiten. Er wolle ja ohnehin wieder heim. Und sonderbar war es, daß ihm jetzt Köln als seine Heimat erschien und seine Vaterstadt so fremd, daß er sich die bittersten Vorwürfe machte in seiner Gewissenhaftigkeit. Dann fand er sich wieder auf dem Fahrstuhl hoch am Turmdach. Da war alles anders, als es sein sollte, die Schiefer in verkehrter Richtung gedeckt, und nun sah er in die Kutschfahrtsstraße eingelassen; ringum in staubige Spinnengewebe eingewickelt; er hatte seine Festtagskleider an; sie waren voll Schmutz; er wuschte und büstete, daß er schwitzte, und sie wurden nicht rein.

Und so oft er von der vergeblichen Bemühung aufwachte, wiederholte er sich laut den Entschluß, den er vor dem Niederlegen gefaßt. Am nächsten Morgen mußte er wissen, was er hier sollte, mußte sein Verhältnis zum Vaterkauf ein kläres sein. War keine Arbeit für ihn, so sah ihn der Morgen noch auf seinem Rückwege nach Köln.

Mit der Sonne war er auf; aber er mußte lange warten, bis es dem Bruder gefiel, sich von seinem Lager

zu erheben. Er bemühte die Zeit zu einem Gange nach Sankt Georg; er wollte sich selbst überzeugen, was dort zu tun sei. Als er wieder zurückkam, traf er auf seinen Bruder und einen Herrn mit ihm, die eben im Begriffe waren, die Wohnung zu verlassen. Den Herrn kannte Apollonius noch von früher her als den Deputierten des Stadtrats für das Bauamt. Sie begrüßten sich. Sie hatten schon gestern auf dem Balke sich gesprochen, wo der Herr sich eben nicht als ein bedeutender Mensch und Bürger ausgewiesen, vielmehr zu den Philistern, Alltagskretzen und Unbedeutenden gehalten hatte. Es schien ihm nicht unlieb, Apollonius eben jetzt zu begegnen. Nach einigen hergebrachten Wechselreden kam er auf den Zweck, seines Hierseins. Es sollte diesen Morgen noch eine letzte Beratung von Sachverständigen stattfinden, über das, was am Kirchen- und Turmdach zu tun sei, damit das Resultat derselben noch bei der am Nachmittage stattfindenden Ratssitzung vorgelesen und Beschluß gefaßt werden könne. Fritz Kettenmair und der Ratsbauherr waren eben auf dem Wege nach Sankt Georg, wo sie die übrigen Sachverständigen bereits versammelt wußten.

Der Bruder wollte seinen Besuch, wie er sagte, nicht mit der Teilnahme an fremden Geschäften beschweren; ebensowenig mochte er ihn — aber das sagte er nicht — allein daheim lassen. Er bestellte Apollonius nach dem Waldhause, von wo er ihn zu einem Spaziergange abholen würde. Apollonius versicherte ganz unbesorgen, daß er lieber der Versammlung beiwohnen möchte, und als der Ratsbauherr ihn sogar als einen Sachverständigen mehr zum Mitgehen anforderte, war kein Vorwand zu finden, es zu verhindern. Vielleicht hatte Fritz Kettenmair eine Ahnung davon, bald werde er dem Ankömmling noch weit mehr zu verzeihen haben.

Sie fanden die übrige Versammlung, zwei fremde Schieferdeckermeister und die städtischen Ratsbauleute, den Ratsbauherrn, den Ratszimmermann, Maurer u. Klempner an der Turmtür ihrer harrend. Man hatte bereits einige stehende Rüstungen zum Behufe der Untersuchung an dem Dache angebracht; auf dem Kirchenboden, der größten davon zunächst, ging die Beratung vor sich. Apollonius fand bescheiden einige Schritte entfernen, um zu hören,

und, wenn er gefragt würde, auch zu reden. Er hatte das Dach vorhin genau untersucht und sich eine Meinung von der Sache gebildet.

Die beiden fremden Schieferdecker sprachen sich für die Notwendigkeit einer umfassenden Reparatur aus. Fritz Kettenmair dagegen war überzeugt, mit einigen kleinen Flickereien, die er angab, sei wiederum für Jahre geholfen. Ihm stimmten die Ratsmeister, Zimmermann, Maurer und Blechschmied eifrig bei; lauter joviale und bedeutende Männer vom geistigen Balke, die gewissenhaft schlossen, weissen Champagner man trinke, dessen Meinung müsse man sein. Die fremden Schieferdecker wußten recht gut, der Rat fürchtete die Kosten einer umfassenden Reparatur und verschob die höchst notwendige schon lange von Jahr zu Jahr. Da sie obenbrein selbst keine Aussicht hatten, sich die Reparatur übertragen zu sehen, so gaben sie sich nicht um die Mühe, Herrn Fritz Kettenmair Arbeit und Gewinn aufdringen zu helfen, woran ihm selber nichts gelegen schien. Sie fanden daher im Laufe der Verhandlung immer mehr, daß, je nachdem man die Sache angehe, auch Herr Fritz Kettenmair recht habe. Vielleicht begriff der Ratsbauherr, ein braver Mann, ihre, wie der bedeutenden Leute Beweggründe. Er hatte mit unbefriedigtem Gesicht eine Weile geschwiegen, als ihm Apollonius einfiel. Er sah in dessen Zügen ein Etwas ausgebrüht, das seiner eigenen Meinung zu entsprechen schien. „Und was sagen Sie?“ wandte er sich zu ihm.

Apollonius trat bescheiden einen Schritt näher.

„Ja wünschte, Sie sähen sich die Sache so genau als möglich an“, sagte der Ratsherr.

Apollonius entgegnete, er habe das bereits getan.

„Ja brauche Sie nicht darauf aufmerksam zu machen“, fuhr der Ratsherr fort, „wie wichtig die Sache ist.“

Apollonius verbeugte sich. Der Bauherr hielt zurück, was er noch sagen wollte. Aus des jungen Mannes Angesicht sprach bei aller Weisheit und Milde so strenge Gewissenhaftigkeit und eigensinnige Redlichkeit, daß der Ratsherr sich der Ermahnung fast schämte, die er an ihn hatte richten wollen.

(Fortsetzung folgt.)



ber Sitzung des weiteren Ausschusses vom 5. Jan. wurde der Parteikassierer ermächtigt, Sendungen von Broschüren, Programmen usw. zur Vereinfachung des Geschäftsganges nur noch gegen Nachnahme an die Vereine zu versenden.

Der Wahlrechtskampf in Preußen.

Der Ausschuss der freisinnigen Fraktionen im preussischen Abgeordnetenhaus für das Wahlrecht in Preußen hat am Dienstag die erste Sitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, eine Broschüre über die Wahlrechtsreform und ein Flugblatt als bald zu verbreiten und einen Aufruf zu veröffentlichen zur Gewinnung von Mitteln für den Wahlrechtskampf. Die Versammlungen sollen planmäßig und einheitlich in Fühlung mit der Parteiorganisation veranstaltet werden. In den Ausschuss wurden noch berufen der Abgeordnete Raumann und Kopsch.

Der Riß im Flottenverein

Ist durch die Versammlung in Kassel eher größer als kleiner geworden. Zeitweilig ging es geradezu tumultarisch bei den hoch- und edelgeborenen Herren zu und Ausdrücke wie Verleumdung u. dergl. schwirrten öfters durch die Luft. Die Gegenstände plachten so scharf aufeinander, daß schließlich die Bayern während der letzten Abstimmung über das Maß des Vertrauens, das dem Präsidium des Flottenvereins entgegenzubringen sei, den Saal verließen. Sie begnügten sich nicht damit, daß das Präsidium erklärte, nach Abschluß der Kasseler Tagung zurücktreten zu wollen. Man wollte eine Art Ehrenerklärung für den Vorsitzenden der bayerischen Abteilung des Flottenvereins, den Kammerherrn v. Spies, erzwingen, der sich durch das Gesamtpräsidium brüskiert fühlte. Dafür war aber die Mehrheit nicht zu haben und so erfolgte der Auszug der Bayern, die sich entschieden gegen den Vorwurf wehrten, die Interessen des Zentrums bei ihrer Stellungnahme zu vertreten. Das dürfte übrigens nicht stimmen, denn die bayerischen Flottenvereiner sind überwiegend liberal. Bekanntlich entstand der Zwiespalt ja ursprünglich durch die politische Tätigkeit des Generals v. Keim während der letzten Reichstagswahl, der nicht nur seine Person, sondern auch die Organisation des Flottenvereins in den Dienst des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und des Zentrums stellte. Der Protest, der gegen diese politische Tätigkeit des Flottenvereins in erster Linie von den bayerischen Flottenvereinsmitgliedern erhoben wurde, führte auf der Kölner Tagung zu einem Beschluß, der sich gegen General Keim richtete. Dann aber wurde mit einemmal General Keim zum geschäftsführenden Vorsitzenden des Flottenvereins gewählt und nun war der Krach fertig. Die Versammlung in Kassel sollte die Gegensätze ausgleichen und führte das Gegenteil herbei, so daß die nächste Tagung in Danzig womöglich zur völligen Sprengung des Flottenvereins führen kann. Die Bayern erklären zwar jetzt, daß sie vorläufig nicht austreten, allein die Gegensätze sind kaum mehr zu überbrücken. So wie vorher wird es jedenfalls nicht mehr sein.

Arbeitslose und Polizei.

Die Berliner Arbeitslosen veranstalteten am Dienstag große Demonstrationsversammlungen. In neun Lokalen versammelten sich gegen 12 000 Personen. Redner waren sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete. Den Aufforderungen der Redner, nach Schluß der Versammlungen ruhig auseinanderzugehen und der Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben, wurde überall Folge geleistet.

Auf dem Schiffbauerdamm gegenüber dem Reichstagsamt kam es aber gegen 4 Uhr nachmittags zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitslosen und der Polizei, die von einem Theaterneubau mit Ziegeln beworfen wurde. Veritene und Fußpolizei ging mit blanker Waffe gegen die Menge vor, wobei eine Anzahl am Kopf verwundet wurden.

In Hannover waren etwa 600 Arbeitslose vor dem Geschäftshaus einer hiesigen Zeitung versammelt, um den dort ausgegebenen „Arbeitsmarkt“ in Empfang zu nehmen. Einer der Arbeitslosen wurde gegen einen die Ruhe aufrechterhaltenden Schutzmann tätlich, sodaß der Beamte gezwungen wurde, von dem Säbel Gebrauch zu machen. Daraufhin drangen mehrere andere Arbeitslose mit offenem Messer auf den Beamten ein. Einer der Ergänzten wurde so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der bayerische Finanzminister über das Branntweinmonopol.

In der Kammer der Abgeordneten erklärte der bayerische Finanzminister v. Pfaff auf eine Interpellation des Zentrums, das Reich müsse notwendig seine Einnahmen vermehren, aber nicht durch die Einführung direkter Steuern. In letzter Zeit sei eine Erhöhung der Branntweinsteuer erwogen worden. Der bezügliche Gesetzentwurf sei aber im Bundesrat noch nicht durchberaten. Es solle den bestehenden Brennereien ihr bisheriger Betrieb gewährleistet werden. Es solle ein Reichsamt geschaffen werden, das den Branntwein von den Brennereien kauft zu einem Preise, der den Herstellungskosten entspreche. Die „Schlempe“ verbleibe kostenlos den Brennern. Die Reichsstelle besorge die Reinigung des Branntweins und schließe mit den bestehenden Reinigungsanstalten Verträge. Süddeutschland erhalte eine Vorzugsstellung. Die Durchführung der Bestimmungen bleibe den Einzelstaaten überlassen. Das Reich wolle im allgemeinen nur die Tätigkeit der Spirituszentrale übernehmen. Die bayerische Regierung glaube, diesem Entwurf nicht widersprechen zu sollen. Das bayerische Reservat werde selbstverständlich in vollem Umfange gewahrt und eine Abänderung sei von der vorherigen Zustimmung des Landtages abhängig. Ein Reservatrecht bestehe für Bayern in dieser Richtung, daß das Kontingent ohne seine Zustimmung nicht abgeändert werden könne. Das jetzige Reservatrecht könne freilich in das neue Gesetz nicht überändert übernommen werden. Es sei aber vorgesehen, daß

ein neues Reservatrecht geschaffen werde; über die Art und den Umfang seien Verhandlungen im Gange. Gelingen es nicht, vollwertigen, dauernden Ersatz für das Reservatrecht zu erlangen, so werde Bayern gegen die Abänderung der geltenden Bestimmungen stimmen.

In der Besprechung äußerten die Vertreter des Zentrums, der Freis. Vereinigung und der Sozialdemokratie starke Bedenken gegen das Verkaufsmonopol, letztere beiden Gruppen lehnten jedes Monopol direkt ab. Der Sprecher der liberalen Gruppe behält sich seine Stellungnahme vor. Alle Redner verlangten, daß das bayerische Reservatrecht bewahrt werde, was der Finanzminister auch zusagte.

Darauf kam eine Interpellation Auer (Soz.) und Genossen, was die Regierung wegen der Erklärung des Reichsanwalters zum preussischen Wahlrecht im Bundesrat zu tun gedenke, zur Verhandlung. Ministerpräsident Frhr. v. Podewils lehnte die Beantwortung der Interpellation ab, da es sich um eine rein preussische Angelegenheit handle. Der Antrag auf Besprechung der Interpellation fand nicht die erforderliche Unterstützung. Damit war die Sache erledigt.

Brandstiftungen durch Kinder.

Das Jahrbuch für die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten in Deutschland enthält eine Karte mit Darstellung der mittleren Anzahl von Bränden, die in Deutschland während der 15 Jahre 1887 bis 1901 durch fahrlässiges Umgehen der Kinder mit Streichhölzern entzündet sind. Die Karte gewährt zugleich ein Bild der deutschen Volkskultur. Im allgemeinen nimmt — wir folgen hier einem Auszuge der „Köln. Volksztg.“ — die Zahl dieser Brandstiftungen durch fahrlässiges Umgehen der Kinder mit Streichhölzern in Deutschland von Ost nach West ab. Die stärkste Anzahl solcher Brandfälle, nämlich etwas über 75 auf je tausend Millionen Mark Versicherungssumme hat die Provinz Westpreußen. Dann kommen die beiden Provinzen Posen und Ostpreußen mit 71 und 69 Brandfällen, also immer noch sehr hoch. Ihnen nahe stehen Pommern und Schlesien mit 43 und 39 derartigen Brandfällen. Schlesien ist, von seinem oberen Teil abgesehen, schon ein Land des mittel- und Kleinbäuerlichen Besitzes. Die anderen vier Provinzen aber sind ganz besonders die Gegenden des Großgrundbesitzes. Die Herzogtümer Sachsen-Koburg-Gotha und Sachsen-Meiningen haben 39, Schleswig-Holstein 37, Lippe-Deimold 35, die Provinz Sachsen mit Schwarzburg und Reuß nur 35 solcher Brandfälle. In der Mitte dieser Statistik stehen Bayern mit 34, Baden mit 32, Waldeck-Pyrmont mit 31 und Anhalt mit 30; dann kommen in absteigender Linie weiter Hannover 29, Brandenburg 28 (hier fällt Berlin sehr ins Gewicht), Sachsen-Altenburg 22, Mecklenburg (auch ein Land des Großgrundbesitzes) 22, Hamburg 22, Königreich Sachsen 21, Braunschweig 20, Hohenzollern 19, Lübeck 18, Sachsen-Weimar 16, Oldenburg 15; am gänzlichsten ist Rheinland mit 12 solcher Brandstiftungen durch Kinder. Württemberg hat keine Angabe geliefert, und Elb-Lothringen ist das einzige Land, welches keine öffentliche Feuerversicherung besitzt. Es ist, wie die „Köln. Volksztg.“ hervorhebt, durchaus kein Zufall, daß die Länder des vorwiegenden Großgrundbesitzes, die höchste Zahl solcher Brandfälle haben. Hier ist dem Volk die Anfechtungsmöglichkeit fast ganz abgenommen, der Boden ist nicht teilbar und wird zusammengehalten. Nur Mecklenburg macht hier eine Ausnahme, die wohl mit seiner eigentümlichen sozialen Struktur zusammenhängen dürfte. Bayern, Baden und die Pfalz stehen ziemlich in der Mitte. Die Pfalz hätte jedenfalls, wenn sie für sich behandelt worden wäre, eine geringere Ziffer, am besten steht es mit Rheinland. Es ist kein Zweifel, daß diese Brände um so seltener sind, je mehr die Bevölkerung sich am nationalen Boden beteiligen kann, je mehr auch dem kleinen Manne, dem ländlichen und industriellen Arbeiter die Möglichkeit gegeben ist, eine eigene Scholle und ein eigenes Heim zu erwerben. Wo die Arbeiter auf fremdem Boden und in fremder Wohnung haufen müssen, wird nicht jene Sorgfalt angewendet, um die Kinder vor fahrlässiger Brandstiftung zu hüten; der eigene Boden und das eigene Heim sind also ein förderndes Mittel allerersten Ranges.

Tages-Chronik.

Berlin, 21. Jan. Gegen Rechtsanwalt Dr. Karl Dieblrecht, der, wie erinnerlich, vom Reichsgericht wegen seiner bekannten Broschüre zu einer langen Festungsstrafe verurteilt wurde, hatte der Reichsanwalt auch das Disziplinarverfahren bei der Berliner Anwaltskammer beantragt. Diese hat jetzt den Antrag abgelehnt.

München, 21. Jan. Die Arbeiter des b. n. gegen die Wahl des Sozialdemokraten Sterl im Wahlkreis Schwabach protestieren energisch.

Ludwigshafen a. Rh., 21. Jan. In einer allgemeinen Versammlung, die aus der ganzen Pfalz und aus Baden sehr zahlreich besucht war, wurde nach einem ausführlichen Referat die Gründung von Genossenschaftsbrauereien beschlossen, wie sie schon teilweise in Deutschland bestehen. Die Versammlung erblickt nach der gefaßten Resolution in dem von dem Brauereiverband Gau Pfalz in letzter Zeit eingeführten Kundenschutz und anderen harten Vertragsbestimmungen eine Rechtlosmachung der Witte, wogegen die Gründung von Genossenschaftsbrauereien das einzige Mittel der Selbsthilfe sei.

Güll, 21. Jan. In einer heute abgehaltenen Versammlung der Arbeiterpartei wurde ein sozialistischer Antrag eingebracht, das Statut der Partei dahin abzuändern, daß als ihr letztes Ziel die Beseitigung des Kapitalismus und die Verstaatlichung des Eigentums aufzustellen sei; der Antrag wurde mit 951 000 gegen 910 000 Stimmen abgelehnt.

Petersburg 21. Jan. Demnächst wird die Regierung enorme Mittel zum Ausbau der russischen Flotte an der Duma fordern. Man spricht von zwei Milliarden Rubel, verteilt auf 15 Jahre. — Es ist gerade nicht wenig und die Duma wird antworten: „Woher nehmen und nicht stehlen.“

In Buchau a. S. nahm am Sonntag am hellen Mittag ein Mann ein kleines Mädchen mit aus der Stadt und mißbrauchte es auf freier, öffentlicher Straße. Der Attentäter, ein Mann aus Schuffenried, soll in Ravensburg verhaftet worden sein.

In Borsdorf verübte ein Besucher der Kunstgewerbeschule während des Modellierunterrichts durch Erschließen Selbstmord. Ursache unbekannt.

In der Garnison zu Offenburg starb gestern, den „Badiischen Nachrichten“ zufolge, ein Soldat an Genickstarre.

Bei Hanau ist am Donnerstag früh infolge dichten Nebels der Personenzug Nr. 456 von Esch bei der Einfahrt in Gleis 3 auf eine in diesem Gleis haltende Maschine mit Packwagen angefahren. Letztergenannte Maschine und Packwagen entgleisten und wurden stark beschädigt. Elf Reisende und drei Bedienstete wurden leicht verletzt. Die Verletzungen bestehen in Kopfwunden, Quetschungen und Hautabschürfungen.

Aus Görlitz wird berichtet: Die Raolin-, Ton- und Kohlenwerke in Groß. Aktiengesellschaft (Firma Adolfsgrube) wurden durch Großfeuer fast vollständig zerstört. Mehr Gebäude mit Maschinenhaus sind niedergebrannt. Der Schaden an Gebäuden beträgt etwa 280 000 Mk., an Maschinen etwa 800 000 Mk.

Ueber die Unterschlagung im Lateran herrscht Stillschweigen ringsum. Der Täter, ein gewisser Savignoni, als Lebemann bekannt, ist unbelästigt geblieben. Wie die „Bita“ mitteilt, wurde die Affäre im Vatikan vielfach diskutiert und beschlossen nichts zu tun. Der Schaden betrage 350 000 Lire. Das Domkapitel wollte sich an dem Administrator Ciuffa schadlos halten, dieser jedoch, der ebenso sparjam als reich ist, zeigte sich abgeneigt. Die „Bita“ glaubt, der Grund der Passivität des Vatikan sei seine Unlust, der italienischen Polizei einen Einblick in die Geschäftsbücher des Lateranoms tun zu lassen. Die Polizei selbst müsse aber die Exterritorialität des Laterans respektieren. Savignoni, der verheiratet ist, soll in Rizza mit seiner Maitresse herrlich und in Freuden leben.

Eisenbahn-Unglück.

Ueber den schon kurz gemeldeten Eisenbahnzusammenstoß auf der italienischen Bahn bei Bergamo liegen jetzt ausführlichere Meldungen vor. Darnach fanden zwei Zusammenstöße statt. Zuerst stieß abends 1/2 Uhr der Schnellzug Mailand-Rom kurz nach seiner Abfahrt von Mailand auf den auf freier Strecke haltenden Personenzug nach Bergamo auf und zertrümmerte dessen letzte mit Passagieren gefüllte Wagen. Die Lokomotive des Schnellzugs stürzte auf das zweite Geleis, während auf diesem gerade der Schnellzug aus Genua eintraf, dessen Lokomotive gleichfalls zertrümmert wurde. 113 Personen des Personenzuges wurden getötet, 36 verletzt, darunter 16 schwer. Ausländer befanden sich nicht darunter. Zu dieser Katastrophe wird noch aus Rom gemeldet: Die erste Hilfe wurde den Verunglückten von den Geistlichen eines nahegelegenen Instituts gebracht, denen sich furchtbare Bilder des Schreckens boten. Ein Mädchen hielt seine Schwester mit zertrümmerten Armen und Beinen auf dem Schoß und rief sie mit den zärtlichsten Namen an. Die jüngere aber war bereits tot. Zwei fünfjährige Kinder, Knabe und Mädchen, waren nur noch eine unformliche Masse. Dem Knaben war der Kopf vom Körper getrennt. Die Leichen wurden nach dem Theateraal des Munnats geschafft. Nach dem ersten Zusammenstoß waren Insassen des Schnellzuges Rom-Mailand erschreckt ausgestiegen und wurden von dem gerade herab auf das schnelle Zug Genua-Mailand erfasst und getötet. Der Personenzug nach Bergamo hat den größten Materialschaden erlitten, da die beiden Schnellzüge viel schwerere Wagen führten. Die Hauptschuld trifft den Weichensteller, der die Flucht ergriff, als er den zweiten Schnellzug herandrängen sah.

Aus Württemberg.

Dienstaachrichten. Angestellt: Durch Verfügung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens sind die Lehrerinnen Magdalene Schmezer und Eugenie Kandler an der Gewerbeschule in Stuttgart auf Lebenszeit angestellt worden.

Bericht: Den Eisenbahnassistenten Honold in Marbach a. N. seinem Ansuchen entsprechend nach Geailsheim, die Eisenbahnassistenten Weniger in Sulz a. N. und Henne in Hechingen ihrem Ansuchen entsprechend gegenseitig.

Die Nachwahl im Oberamt Ulm. Für die Nachwahl im Oberamt Ulm zeigen sich bereits drei bauerländliche Kandidaturen: die des Müllers Bäcker von Langenau, und auch dem Wirt Schmidt in Urspring läßt der Ehrgeiz keine Ruhe und der dritte, der kandidieren will, ist der Schultheiß Walfert von Emsingen. Letzterer wird wohl der Liebling des Zentrums sein, wenn er auch, soviel bekannt ist, nicht Zentrumsmittglied ist. Ein Artikel des zentralistischen „U. Volksb.“, der von dem Bauernbund einen „zuverlässigen“ Kandidaten forderte, sollte wohl nichts anderes als Vorarbeit sein, um diese Kandidatur dem Bund schmacht zu machen.

Organisation der württembergischen Industrie. Zum Zweck des Anschlusses der württ. Industriellen an den deutschen Zentralverband, fand am Dienstag in der Lieberhalle in Stuttgart eine aus allen Teilen des Landes gut besuchte Versammlung statt, in welcher der Beauftragte des Zentralverbandes, Generalsekretär Bueck einen instruktiven Vortrag über die wichtigeren industriellen Tagesfragen und über die Fragen der industriellen Organisation im Sinne eines festen Zusammenschlusses der Industrie hielt. Der Redner führte aus: Die Zeit des jetzigen politischen Friedens sollte zur Sammlung der industriellen Kräfte benützt werden. Die Uneinigkeit der Industriellen müsse verschwinden. Auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik müsse man zu einer Verständigung kommen, um in Zukunft die gemeinsamen Interessen der Industrie besser wahren zu können. Man dürfe Freihandel und Schutz Zoll nicht vom prinzipiellen Standpunkte aus als unüberwindliche, nationalökonomische Lehensätze betrachten. Freihandel und Schutz Zoll seien Wirtschaftspraktiken, die nach Maßgabe der tatsächlichen Verhältnisse anzuwenden und abzuschaffen sind. Auch

die Begriffe „politische Freiheit“ und „Freihandel“ dürfen nicht verschmolzen werden. Redner ging sodann auf die historische Entwicklung der Industrie in unserem Vaterlande des Näheren ein. Dem Krach des Jahres 1873 sei eine schwere Krise gefolgt. Diese, namentlich der Niedergang der Eisenindustrie, habe zur Bildung des Zentralverbands deutscher Industrieller geführt, der im Sinne des Nationalökonom Friedrich List den Schutz der nationalen Arbeit auf seine Fahnen schrieb und durch eine außerordentlich wirkungsvolle Agitation das kaum Glaubliche, die Umkehr der deutschen Wirtschaftspolitik zu einem System maßvoller Schutzzölle bewirkte. Bued ging dann näher auf die Tätigkeit des Zentralverbands deutscher Industrieller auf handelspolitischem Gebiet ein. Eingehend legte er die Gründe dar, die den Zentralverband veranlaßt haben, bei der Ausstellung des letzten deutschen Tarifs für die Erhöhung der Getreidezölle einzutreten. Die unerhörten Erhöhungen der Zölle auf andere Lebensmittel habe der Zentralverband jedoch, als das Gemeinwohl schädigend, bekämpft. Die Bedeutung des Exports sei nicht zu verkennen, aber für die deutsche Industrie, sei der heimische Markt und auf diesem eine landwirtschaftliche doch die Hauptsache. Die dem Freihandel zugewendeten Industrien sollten sich mit Rücksicht auf die Gesamtinteressen der Nation des Kampfes enthalten und den anderen Industrien mehr nähern, dann könne man beim Abschluß neuer Handelsverträge auch wieder die berechtigten Interessen der Industrie zur Geltung bringen. Die zweite große Tagesfrage bilde die Sozialpolitik, die Arbeiterversicherung und der Arbeiterschutz. Die Organisation der Arbeitgeber sei notwendig, nicht zum Kampf gegen die Arbeiter, sondern zur Abwehr der Uebergriffe der sozialdemokratischen Organisation. Zu den besonderen Verhältnissen der württembergischen Industrie übergehend, erkannte Redner die ungünstige Lage der württ. Industrie bezüglich der Verkehrsverhältnisse an. Erforderlich scheine es ihm, den Blick auf das rheinisch-westfälische Kohlenhandelsgebiet zu richten. Die trennenden Gegensätze in der württ. Industrie müssen gemildert werden. Man solle einen Landesverband bilden und sich dem Zentralverband, der die größte industrielle und wirtschaftliche Vereinigung sei, anschließen. Er könne nur wünschen, daß im allgemeinen Interesse die Entschliebung jedes Einzelnen im Sinne einer größeren Einigung in der Industrie erfolgen möchte. Der mit Beifall aufgenommenen Rede folgte eine längere, lebhafteste Erörterung, in welcher Schriftsteller Raquardt auf die Notwendigkeit hinwies, zunächst in Württemberg selbst den Zusammenschluß vorzunehmen. Dr. Hauff-Feuerbach trat dem Referenten gegenüber für den Handelsvertragsverein ein, der in seinen Zielen sich stets treu geblieben sei. Es sprechen sodann noch Vize-Präsident, Kommerzienrat Elsas-Cannstatt und Simon-Kalen; die sämtlichen Redner waren darin einig, daß der Zusammenschluß in Württemberg einem weiteren Anschluß an den Zentralverband vorausgehen müsse. Darauf wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden, Melchior-Rütingen, mit Worten des Dankes geschlossen.

Stuttgart, 22. Jan. Der Senior der deutschen Philologen, Wull Segetner Rat Professor Dr. Eduard Keller hier, vollendet heute das 94. Lebensjahr.

Stuttgart, 19. Jan. In letzter Zeit sind hier mehrfach Klagen über die schlechte Beschaffenheit des Stuttgarter Trinkwassers laut geworden. Als vor Weihnachten insofern des allgemeinen Wassermangels auch das Stuttgarter Wasserwerk zu versagen drohte, traten vereinzelte Beschwerden in hiesigen Blättern auf, die darauf hinausliefen, daß das aus dem Redar entnommene Wasser teilweise einen widerwärtigen Karbolgeschmack habe. Der Wassermangel ist jetzt zwar nicht mehr so stark, aber die Klagen sind in letzter Zeit in gehäufteter Zahl und dringlicher aufgetreten. Es ist danach verschiedentlich vorgekommen, daß Speisen und Getränke, die mit diesem Wasser zubereitet waren, nicht genossen werden konnten; in anderen Fällen ist ganzen Familien übel geworden. Die Stadtkommunikation bemüht sich ernstlich, die Ursache dieses schweren Mißstandes aufzufinden, und vom Stadtarzt sind Erhebungen über den Umfang und die Zahl der Erkrankungen angestellt worden. Etwas Sicheres über die Ursache des Übels ist bisher nicht festgestellt. Es wird indessen vermutet, daß aus einer in der Nähe des Redars oder eines seiner Nebenflüsse liegenden Fabrik, die möglicherweise weit oberhalb liegen kann, Teerstoffabwässer in den Fluß geleitet werden, die das Wasser auf große Entfernungen hin verderben, und für den menschlichen Genuß unbrauchbar machen. Es wird vielleicht nicht einmal leicht festgestellt werden können, woher diese Vergiftung des Wassers stammt. Die ganze Angelegenheit zeigt aber doch, wie unzulänglich heute eine Flußwasser-Versorgung ist. Die Frage der Versorgung Stuttgarts mit ausreichenden Mengen von Quellwasser aber wird dem nassen Elemente zum Trost mit jedem Tage brennender.

Sonntag Nachmittag geriet der 13jährige Sohn des Pfälzerers Claus in Lauffen a. N. beim Schlittschuhlaufen auf dem Redar an eine offene Stelle, die er wohl wegen des dichten Nebels nicht wahrgenommen hatte, und fiel unter. Bädermeister Strenger kam dem Ertrinkenden unter eigener Lebensgefahr, wobei er selbst ins Wasser fiel und dem Ertrinkenden nahe war, zu Hilfe. Weiteren hinzueilenden Personen gelang es, beide noch lebend dem nassen Elemente zu entreißen.

Ein froher Ueberfall wurde in Vietingheim in der Sonntagnacht ausgeführt. Zwei Spinnereiarbeiter lauerten einem Fremden, mit dem sie vorher in der Bahnhofswirtschaft zusammensaßen, auf der Straße auf und nahmen unter dem Vorgeben, sie seien Geheimpolizisten, ihm Geld, Uhr und Messer ab. Der Verbaute machte sofort Anzeige und am andern Tag konnten die beiden Wegelagerer verhaftet werden.

Bei Saldorf wurde ein Bauer vom Fischachtal, der vom Bedmarkt nach Hauke ging, auf der Wingenweiler Steige von Schlittensfahrern überfahren. Der Verletzte mußte in das Bezirkskrankenhaus nach Saldorf übergeführt werden.

Schultheiß Pfähler vom Weiler zum Stein verunglückte in Winnenden dadurch, daß das Pferd

seines Fuhrwerks scheute und mit ihm davonraste. An der Ringstraße stürzte der Wagen um und Pfähler wurde herausgeschleudert, wobei er schwere, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen am Kopf erhielt.

Gerichtssaal.

Stuttgart, 21. Jan. Die Verhandlung gegen Regierungsbauemeister Hoffmann wegen Beleidigung des Staatsrats v. Balz wurde heute fortgesetzt. Aus der Zeugenvernehmung ist folgendes hervorzuheben: Staatsrat v. Balz beklundete, er habe im Jahre 1902 mit einem befreundeten Bankier je 75 Inhaberkonten der Daimler-Motoren-Gesellschaft zu 1000 Mark zum Kurs von 110 Prozent übernommen. Die Berechnung dieser Aktien sei unter dem Namen des Bankiers erfolgt. Seine 75 Aktien habe er im Jahre 1904 durch die Deutsche Bank verlaufen lassen. An der Daimlergesellschaft sei er übrigens von Anfang an als Aktionär beteiligt gewesen. Die ganze Angelegenheit sei eine private Angelegenheit gewesen, die mit seiner amtlichen Stellung nicht im geringsten in Zusammenhang gestanden habe. Zwei weitere Zeugen, frühere Vorstandsmitglieder der Daimler-Motoren-Gesellschaft, sprachen sich über die finanziellen Verhältnisse dieser Fabrik und über die Fusion mit der Daimler-Motorenfabrik aus. Da der Angeklagte behauptete, von der seltsamen Spekulationsstätigkeit des Staatsrats v. Balz habe man allgemein gesprochen, wurden darüber der frühere Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Freih. v. Soden und Staatsrat v. Fuchs von der Generaldirektion der Staatsbahnen vernommen. Beide Zeugen erklärten, es sei ihnen davon nichts bekannt. Geh. Hofrat v. Bellnagel beklundete, ihm und Staatsrat v. Balz seien von dem verstorbenen Kommerzienrat Duttenhofer im Jahre 1902 150 Aktien der Daimlergesellschaft angeboten worden. Jeder habe die Hälfte übernommen und den Betrag selbst einbezahlt.

Bermischtes.

Der Bodensee vom Automobil durchquert.

Dieses letzte Bild der Neuzeit bot sich vorgestern den Besuchern der Eisbahn zwischen der Reichenau und Allensbach. Maschinenfabrikant Graf-Konstanz war es, der sich laut Konstanzener Zeitung die Priorität dieses kulturhistorischen Moments sicherte. Von der Reichenau fuhr er im richtigen Auto-Tempo über die, unter der Last krachende und sich biegende Eisfläche von der Reichenau nach Allensbach und zurück. Als er das Wagnis wiederholen wollte, wurde er von amtswegen daran verhindert, da das Befahren des Eises mit Fuhrwerken untersagt ist, ein Verbot, das angesichts der Tatsache, daß wenige Tage vorher ein großer, mit Holz beladener Schlitten der Reichenauer mitten auf dem See einbrach, sehr berechtigt erscheint.

Wenn der Wolf den Wald verläßt.

Der russischen Landbevölkerung, die ohnehin schon hart mit dem Hunger und der Kälte zu ringen hat, bringt die Strenge des diesjährigen Winters eine neue Prüfung, die Wölfe. Aus dem verschneiten Forst kommen in unabherrschbaren Rudeln die ausgehungerten Bestien, die Not treibt sie aus ihrem Schlupfwinkel in die sonst gemiedene Nähe menschlicher Behausung und sorgsam verammeln die Bauern Tür und Ställe, wenn mit der Dunkelheit das unheimliche Geheul der hungernden Wölfe über die Steppe schallt. Vom Vadoga-See kommen bereits Nachrichten, die von Tausenden von Wölfen berichten, die sich den Dörfern nähern, zahlreiche Schlitten sind überfallen und die unglücklichen Inassen zum Opfer der Raubtiere geworden.

Die Zeit liegt nicht allzuweit zurück, daß in besonders strengen Winter auch Mitteleuropa sich der Wolfsplage zu erwehren hatte; in den Ardennen, in den Wäldern des Jura tauchten die gefährlichen Raubtiere in einzelnen Rudeln auf und die Bewohner einsam gelegener Weiler hatten einen harten Kampf zu bestehen. In der bitteren Kälte der Wintermonate 1879/80 wußten sich eine Reihe französischer Departements der Wölfe kaum zu erwehren. An der Maas, im Jura, in der Dordogne und in der Gharante tauchten sie auf und mehr als 2700 Schafe, mehr als 450 Rinder, 1100 Ziegen und 450 Schweine wurden die Beute der gefährigen Bestien. In Rumänien rechnete man noch bis vor wenigen Jahren mit einem durchschnittlichen Verlust von 4000 Schafen, die alljährlich von Wölfen fortgeschleppt wurden, und diese Zahlen vermehren sich, je weiter man nach Norden vordringt. Während in Deutschland der Wolf heute eine Seltenheit geworden ist, hat man in Frankreich noch heute mit ihm zu kämpfen.

Freilich, mit den Zeiten des Mittelalters läßt sich die Plage nicht vergleichen, damals als unter den großen Volksheimsuchungen, der Pest, dem Auszug, den Hungersnöten und den Wegelagerern auch die Wölfe noch eine schreckliche Rolle spielten. Bis in die Städte wagten sich oft die gefährigen Raubtiere, wie im Jahre 1427, wo mitten in Paris, zwischen dem Montmartre und der Porte Saint-Antoine an einem einzigen Tage 14 Menschen den Wölfen zum Opfer fielen. Zur Zeit Ludwig XIII kannte man Jahre, in denen 300 Menschen auf diese gräßliche Art ihren Tod fanden. Im Jahre 1765 überfluteten riesige Wolfscharen den Forst von Saint-Menehould, die Holzarbeiter mußten fliehen und eine Reise durch die Wälder war ein Wagnis, das der Kühne meist mit dem Leben bezahlen mußte. Damals trieb in der Auvergne das berühmte Ungeheuer von Gebaudan sein Unwesen und veretzte die Bevölkerung in unbeschreiblichen Schrecken. Schließlich kam es zu einer Jagd und das Ungeheuer entpuppte sich dabei als ein riesiger Wolf von einer Länge von 1,81 Metern. Tausende von Jägern hatten sich zusammengetan, um die Bestie zu vernichten, und schließlich gelang es auch, sie zur Strecke zu bringen. In einem Winter waren nicht weniger als 113 Menschen ihr zum Opfer gefallen. Und noch im Jahre 1880 lieferten die Wölfe in Frankreich eine Liste von elf getöteten und 84 verwundeten Menschen. Noch heute wirkt in jedem französischen Departement ein Beamt, dem die Maßnahmen

gegen die Wölfe obliegen, und die Regierung zahlt eine Prämie von 100 Frs. für jeden gewöhnlichen Wolf und von 200 Frs. für einen Wolf, der schon Menschen angefallen hat. Nicht weniger als 653,000 Frs. sind in der Zeit von 1882 bis 1900 als Prämien für erlegte Wölfe bezahlt worden.

Aber dieser Kampf bedeutet nichts gegen die Opfer, die die Bestien fordern in den Gegenden, wo sie noch heute Herr sind, in Rußland und in Rußisch-Asien. In Turkestan z. B. erreicht kaum eine Karawane ihr Ziel, ohne einen Angriff von Wölfen empfangen und diesen eine regelrechte Schlacht geliefert zu haben. Und noch heute fallen in Sibirien alljährlich 4-500 Personen den Wölfen zum Opfer. Im Januar 1901 zogen sieben Russen von ihrem Dorfe im Gouvernement Jenissei in den Wald, um Holzarbeiten zu verrichten; auf dem Rückweg gewahrten sie hinter sich plötzlich einen langen schwarzen Streifen im Schnee, der ihren Spuren zu folgen schien. Nach wenigen Minuten gab es für die Unglücklichen keine Zweifel mehr; eine Schar Wölfe war ihnen auf den Fersen. Einige hundert Meter von ihnen entfernt lag eine verlassen Hütte in der Steppe, sie war die einzige Rettungsmöglichkeit. Mit der Kraft der Todesangst rannten sie auf die Hütte und erreichten sie auch noch wenige Sekunden vor den Wölfen. Die Tür wurde verammelt und die sieben glaubten sich gerettet. Allein die ausgehungerten Bestien warfen sich mit aller Wucht gegen die schwache haufällige Tür und schließlich gelang es ihnen, das Hindernis zu sprengen, das sie von ihren Opfern trennte. Drei Tage später fand man in der Hütte die Spuren eines furchterlichen Blutbades, menschliche Gebeine und angenagte Schädel. Auch während des russisch-japanischen Krieges haben in der Randchurie die Wölfe ihre Beute gemacht, und mancher in einsamer Gegend verwundet hinjinkende Patrouillenreiter mag ihr Opfer geworden sein. In einer Januarnacht 1905 wurden 5 Grenzwächter, die die Bahnlinie Ruben-Charbin bewachten, von einer mehr als hundertköpfigen Wolfschar angefallen. Drei der Bauernswerten wurde sofort zerrissen; den beiden anderen gelang es, zwei Telegraphenstangen zu erklimmen. Aber die Wölfe wichen nicht. Die ganze Nacht hindurch kletterten die beiden Grenzwächter oben an den Stangen, halb erfroren und ohne Hoffnung auf Erlösung. Am Morgen fühlten sie ihre letzten schwachen Kräfte schwinden. Eine Viertelstunde noch, vielleicht sogar zwanzig Minuten, dann aber würden sie herabsinken und eine Beute der Bestien werden, die da unten heulten und ihrer Opfer harrten. Die Dame des Schicksals führte eine Kojakenpatrouille herüber und unter den Schüssen der Reiter zerlöb die Wolfschar. Der eine der Grenzwächter wurde gerettet, der andere erlag kurz darauf den Schreden jener grauenvollen Nacht.

Flucht einer Oberin.

Aus dem Krankenhause der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft in Königshof ist dieser Tage die Oberin der dort die Pflege versehenen Nonnen flüchtig geworden. In dem Krankenhause trat nämlich vor einigen Tagen die Generaloberin des Ordens ein, um der Oberin mitzutauschen, daß sie durch eine andere Nonne ersetzt werden wird. Zugleich forderte die Generaloberin die Oberin auf, ihrer Nachfolgerin das Inventar zu übergeben. Die Oberin erklärte darauf, sie müsse sich auf einige Augenblicke entfernen, ging weg, kehrte aber nicht zurück. Erst nach einigen Tagen erfuhr die Generaloberin, daß sich die Oberin bei einer ihr befreundeten Familie in dem Orte Tman bei Beraun befände. Die Generaloberin fuhr mit zwei Nonnen in jenes Dorf, um die Flüchtige in das Kloster zurückzubringen. Dieselbe leistete jedoch der Aufforderung zur Rückkehr keine Folge. Wie verlautet, soll der Flucht der Nonne ein Liebesroman zu Grunde liegen. Die flüchtige Nonne entstammt einer sehr reichen Familie.

Erinnerung an ein Bergtal.

Vielleicht, daß dort in jenem fernen Tale,
Wo Schwermut an den Berggeländen hängt,
Im grünen Mattendunkel, leis gestreichelt
Vom Abendwind, wo in des Tales Grund
Der Bach dahineilt, wie ein Holz Erinnerung
An alte Liebe, an vergangnes Glück,
Vielleicht, daß dort, wo abendlich die Gipfel
Im roten Glanze kühner Einsamkeit
Des Himmels kühle Bläue um die Schläfen
So reglos — nur in sich erglühend träumen,
Vielleicht, daß dort mein Herz die ganze Freiheit,
Die freie, fettenlose finden könnte,
Wenn überm Bah wie zartes Flügelschlagen
Vom fernem Dorf der Glockenruf erbebt
Zum Nachtgruß — wie ein heilig Fröhlichsein —
Dann leis zerfließend stillem Jubel gleich,
Und wenn zuletzt so alles, alles schweigt,
Nur hier und da noch eine wilde Biene
Zum Neste summt, wie Märchenflüstern heimlich —
Vielleicht, daß dann mein Herz sein ganzes Hoffen
Auschmettern könnte, wortlos frei — zerpringend.
Fris Stiege.

— Aus der guten alten Zeit. „So, so, ihr habt auch zwanzig Kanonen in der Festung?“ — Soldat (stolz): „Ja wohl, und mit einer kann man sogar schießen.“

Handel und Volkswirtschaft.

Landesproduktendörse Stuttgart. Der Deutsche Handelsrat wird in seinen Sitzungen am 28. 29. und 30. ds. Mts. verschiedene den internationalen Getreideverkehr betreffende Fragen behandeln. An den Verhandlungen wird namens der hiesigen Börse das Vorkandidat Herr Hermann Nathan in Firma J. Stern und Co. in Hallebo-n Teil nehmen.

Göppingen, 20. Jan. Welch großer Schaden durch die Mani- und Klauenseuche verursacht werden kann, hat sich im nahen Ote Söhen gezeigt. Ein dortiger Bauer mußte über 80 Schafe, 16 Lämmer, zwei Kühe und einen Farnen verschaffen.

Zur Stuttgarter Wasserversorgung.

Das Organ der Gemeindevverwaltung Stuttgart (Anzeiger und Anzeigblatt) veröffentlicht folgendes:

In letzter Zeit sind Klagen über die Beschaffenheit des hiesigen Wassers laut geworden. Bekanntlich besteht in Stuttgart ein doppeltes Leitungssystem, das eine für Nutzwasser, das andere für Trinkwasser; jenes ist filtriertes See- und Neckarwasser, dieses reines Quellwasser. Es ist nun festzustellen, daß das Trinkwasser, das aus den mit der Aufschrift „Quellwasser“ versehenen Ausläufen der öffentlichen Brunnen abgegeben wird, von tadelloser bester Beschaffenheit ist und daß Klagen über dieses Wasser völlig unbegründet sind. Dieses Wasser entspringt ausschließlich den in der Umgebung von Stuttgart gefassten Quellen. Weils dieses Wasser von unansehnlicher Güte ist, stellt der Umstand, daß dem oder jenem Einwohner das Nutzwasser für den menschlichen Genuß, für den es übrigens auch nicht bestimmt ist, vorübergehend als ungeeignet erscheinen mag, zwar eine Unbequemlichkeit dar, insofern das Trinkwasser ins Haus geholt werden muß, nicht aber eine solche Katastrophe, wie man nach den Äußerungen der hiesigen Presse annehmen könnte.

Die Nutzwasserleitung ist nun zur Zeit fast ausschließlich auf die Zufuhr von filtriertem Neckarwasser angewiesen. Der Wasserstand des Neckars, der so ungewöhnlich niedrig ist, wie das seit vielen Jahrzehnten nicht vorgekommen ist, hat aber zur Folge, daß nicht nur die nötige Quantität des Wassers bloß mit Mühe beschafft werden kann, sondern daß auch die Qualität des Wassers ungünstig beeinflusst wird. Zwar wird die Filtration des Wassers in sämtlicher Weise durchgeführt und streng überwacht, auch haben die zahlreichen bakteriologischen Untersuchungen völlig befriedigende und nicht schlechtere Resultate als sonst ergeben; infolge des geringen Wasserstandes in Verbindung mit der geringen Wärme des Wassers, wodurch die Selbstreinigung des Flusses durch biologische Vorgänge gehindert wird, macht sich aber die ungünstige Einwirkung der Einleitung der Ab-

wasser aus den neckaraufwärts gelegenen Orten und Fäkalien bemerkbarer als sonst, weil die gelösten Stoffe durch Filtration nicht beseitigt werden können und dadurch die Qualität des Wassers, insbesondere dessen Geschmack ungünstig beeinflusst wird. Es hat sich zwar bis jetzt trotz sorgfältiger Ermittlungen nicht feststellen lassen, daß an irgend einer Stelle Stoffe in den Neckar eingeleitet werden, die dem Wasser einen bestimmten schlechten Geschmack, wie etwa den in verschiedenen Einsendungen genannten „Korbolgeruch“ verleihen, vielmehr ist eben der zeitweilige Beigeschmack des Wassers auf die Summe der neckaraufwärts in den Neckar geleiteten Abwässer, die der Fluß zurzeit nicht genügend verarbeiten kann, zurückzuführen. In der Erwägung, daß durch die zunehmende Besiedelung des Neckarales der Neckarfluß in steigendem Maß verunreinigt wird, haben die bürgerlichen Kollegien bekanntlich schon von 3 Jahren beschloffen, von der schon lang bestehenden und mit großen Kosten ausgeführten Versorgung der Gebäude mit filtriertem Neckarwasser abzugehen und dieses durch Quellwasser zu ersetzen. Die mit den Stadtbehörden schon im Jahre 1906 eingeleiteten Verhandlungen über die Ueberlassung die hierzu nötigen Quellen im Schwarzwald haben aber bis jetzt zu keinem Resultat geführt, und es ist insbesondere die Stadt auf ihre letzte Eingabe vom 21. Juli 1907 bis jetzt ohne Antwort. Eine wirkliche Hebung der von der Bevölkerung empfundenen Mängel der gegenwärtigen Einrichtungen ist nur möglich durch Herstellung einer großen Wasserversorgungsanlage, die das Quellwasser aus einem großen Niederschlagsgebiet sammelt und die auszuführen der Stadt ohne die tatkräftige Unterstützung des Staats unmöglich ist. Im übrigen wird die Ausführung dieses großen Unternehmens unter allen Umständen Jahre erfordern. Schon aus diesem Grunde wird man Anlaß haben, der Verschmutzung des Neckars durch Einführung ungereinigter Abwässer, unter der Stuttgart jetzt speziell zu leiden hat, wirksam zu steuern.

Die Stadtverwaltung hat geglaubt, voraussetzen zu dürfen,

daß diese in den letzten Jahren oft genug öffentlich behandelten Verhältnisse der Öffentlichkeit und insbesondere der Presse genau bekannt seien; nachdem aber die Presse in letzter Zeit unter unmotivierten Angriffen auf die Stadtverwaltung, die selbstverständlich ihre Wasserversorgungsanlagen nicht beliebig von heute auf morgen ändern kann, insbesondere auch die Aufklärung des Publikums über die in Betracht kommenden Verhältnisse vernachlässigt hat, hat die Stadtverwaltung in ihrer Sitzung vom letztem Samstag beschlossen, die vorstehende Erklärung zu veröffentlichen.

Dem „Pforzheimer Anzeiger“ wird hierüber geschrieben: Die Stuttgarter Wasserfrage interessiert das ganze obere Enztal bis nach Pforzheim hinab. Sogar unsere Stadt tut gut, die Angelegenheit im Auge zu behalten und die drohende Gefahr der Verminderung des Enzwassers nicht zu unterschätzen. Die württembergischen Wasserwerksbesitzer und sonstigen Interessenten unterhalb Wildbad haben sich bereits zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Stuttgarter Plan der Wassereinnahme aus dem oberen Enztal geeinigt. Die Interessenten in und oberhalb Wildbad werden bald nachfolgen. Ihnen schließen sich nun auch die badischen Interessenten, darunter solche in Pforzheim an. Die Pforzheimer Stadtverwaltung wird ebenfalls eingehend prüfen müssen, welchen Standpunkt sie einzunehmen hat. Viel Zeit ist nicht zu verlieren, denn nach neueren Meldungen ist die Wasserfrage in Stuttgart brennend geworden, zumal seit einiger Zeit das Trinkwasser nicht nur unzulänglich ist, sondern auch einen widerwärtigen Geschmack hat und mehrfach Krankheitsfälle vorkommen, die auf das jegliche schlechte Wasser zurückzuführen sind. Eine Besserung der dortigen Verhältnisse ist also dringend notwendig. Ob sie aber gerade auf Kosten des Enztales erfolgen muß, das wird die Frage sein!

Druck und Verlag der Bernh. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortl. Redakteur E. Reinhardt, daselbst.

Verfügung des Ministeriums des Innern

betr. Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche. Vom 9. Januar 1908.

Mit Rücksicht auf die gegenwärtige starke Verbreitung der Maul- und Klauenseuche im südlichen Bayern wird auf Grund des Par. 20, Abs. 2 des Reichsviehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880/1. Mai 1894. (Reichsgesetzblatt S. 409) angeordnet, daß Viehhändler und Landwirte, welche Wiederläufer und Schweine aus den bayerischen Kreisen Schwaben, Ober- und Niederbayern nach Württemberg einführen, bis auf Weiteres im Besitz eines Zeugnisses sein müssen, in welchem der Name des Eigentümers, die Zahl der einzuführenden Tiere und bei Rindvieh für jedes einzelne Stück Rasse, Geschlecht, Alter, Farbe und Abzeichen angegeben sind. Das Zeugnis muß weiter die Bescheinigung eines approbierten Tierarztes enthalten, daß die Tiere unmittelbar vor ihrem Abgang am Herkunftsort oder vor ihrer Verladung auf der Eisenbahn von ihm untersucht und gesund befunden worden sind. Diese Bescheinigung hat, den Tag der Ausstellung eingerechnet, eine Gültigkeitsdauer von fünf Tagen. Wenn der Eigentümer den Transport der Tiere nicht selbst begleitet, hat der Transportführer das Zeugnis mit sich zu führen.

Zur Sicherung der Einhaltung dieser Vorschriften wird weiter angeordnet, daß das bezeichnete Zeugnis bei Transporten auf dem Landweg der Ortspolizeibehörde der ersten württembergischen Grenzgemeinde und bei Transporten mit der Eisenbahn der Ortspolizeibehörde des Entladeorts vorzuweisen ist, und daß der Weitertransport bezw. die Abtreibung von der Entladestelle erst erfolgen darf, wenn das Zeugnis den „Gesehen“-Bemerk der Ortspolizeibehörde erhalten hat.

Unberührt bleiben die Vorschriften über die Führung von Ein- und Verkaufsverzeichnissen durch die Viehhändler, auch sind Wiederläufer und Schweine, welche aus versuchten Bezirken eingeführt werden, wie bisher der vorgeschriebenen polizeilichen Beobachtung zu unterstellen.

Gegenwärtige Verfügung tritt am 13. Januar ds. Js. in Kraft. Stuttgart, den 9. Januar 1908. Pischel.

Vorstehendes wird hiermit bekannt gemacht. Wildbad, den 16. Januar 1908.

Stadtschultheißenamt: B ä h n e r.

Durch Uebernahme der Vertretung einer leistungsfähigen Papiertwarenfabrik liefert die

**Bernh. Hofmann'sche
::: Buchdruckerei :::**

**Düten o Beutel
Kaffeetaschen**

mit oder ohne Firma

zu Fabrikpreisen

MUSTER

sowie Preisliste stehen zu Diensten.

Sonnabend, den 25. Januar 1908,

den ganzen Tag

Gratis Kost-Proben

von

MAGGI'S Suppen mit dem Kreuzstern

wozu ergebenst einladet C. Aberle, sen., Inhaber: E. Blumenthal.

Evang. Arbeiterverein Wildbad.

Sonntag, den 26. Januar nachmittags 2 Uhr

Versammlung

im Gasthaus zur „alten Linde“, wozu höflichst einladet.

Der Vorstand.

Auf Freitag
empfehle ich frische
Schellfische und Cablian.

Hermann Kuhn.

Eine schöne, freundliche

Wohnung

bestehend aus 3 Zimmern und Küche, sowie reichlichem Zubehör hat sofort oder auf 1. April zu vermieten.

Hermann Kuhn.

Eine Tochter aus achtbarer Familie, welche 1 1/2 Jahre in Frankreich war, sucht

Stelle

als Stütze oder zu Kindern in ff. Familie. Anträge erbeten an Frau A. Kändler Wildbad, Eiberg 126.

Infolge meines Unfalls empfehle ich mich im

Sägenfeilen

bestens
Wacker, Holzhauer
Reimbachstraße.

Eine kleine

Wohnung

hat sofort oder bis 1. April zu vermieten.
Chr. Bott, Schuhmacher



„Hurrah“, so tönt's wie Donnerhall Und hell erklingt der Wiederhall, Der Erich ruft es hoch die Fahne, Nun bin ich allen weit voran, Denn seit ich Pfeiffer's Hose trag Und Pfeiffer's Rock dazu Ich alle Kameraden schlag Im Wettlauf stets im Nu.

Alleinverkauf:

Philipp Bosch Wildbad.

Pfeiffer's gestrickte Knabenhosen sind sehr beliebt, denn dieselben werden auch einzeln abgegeben und können auch gut zu anderen Anzügen getragen werden.

Das beste für schwache Augen u. Glieder
Kölnisches Wasser

v. Joh. Chr. Fochtenberger in Heilbronn
Lieferant fürstlicher Häuser, weltberühmt, ärztlich empfohlen bei entzündeten schwachen Augen und Gliedern (besonders, wenn nach dem Baden damit gewaschen) feinstes und billigstes Parfüm.

In Flaschen à 40 und 70 Pfennig. Alleinverkauf für Wildbad bei **Anton Heinen.**

Kräftiger Hausstrunk **Gesunder Most**

Plochinger

Apfelmoststoff

100 Literpaket nur 4. Mt.
Keine Chemikalien Nur Früchte
— Auch in 50 und 150 Literpaketen zu haben. —
Alleinige Vertretung für Wildbad und Umgebung

C. W. Bott, Wildbad.

Tisch- und Hängelampen

für Petroleumglühlicht
für Spiritusglühlicht
für Gasglühlicht

und Ersatzteile jeder Art, hierzu empfiehlt bei billigsten Preisen.

S. Schönstiegel

Pforzheim, Zerrenerstraße.

